

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 26. Juni 1918. Nr 173.

Einführung von Einkaufsscheinen für Rindfleisch und Wohlfahrtsfleisch. Vorbereitung der Rindfleisch-Rayonierung.

Von Montag, 1. Juli an gelangen für die Besitzer der amtlichen Einkaufsscheine (weiss, grün, blau und gelb) besondere Einkaufsscheine u.zw. für Rindfleisch (Einheits- bzw. Extremfleisch) in weisser Farbe, für Wohlfahrtsfleisch in rosa Farbe bei den zuständigen Brotkommissionen bzw. für Haushalte über 14 Personen bei den Konstriktionsamts-Abteilungen des zuständigen magistratischen Bezirksamtes zur Ausgabe.

Die Einkaufsscheine für Rindfleisch enthalten 40 Abschnitte für je eine halbe Wochenmenge und werden bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge je 2 mit den gleichen Buchstaben versehene Abschnitte, bei getrenntem Bezuge je ein solcher Abschnitt vom Fleischverkäufer zur Abtrennung gebracht.

Die Einkaufsscheine für Wohlfahrtsfleisch enthalten 20 Abschnitte für je eine halbe Wochenmenge. Diese Abschnitte sind überdies noch 30 Abschnitte, die zur Erlangung verschiedener Lebensmittel und Bedarfsartikel dienen. Die derzeitigen amtlichen Einkaufsscheine müssen zur Brotkommission bzw. in die zuständige Konstriktionsamts Abteilung mitgebracht werden.

Für jeden vorgewiesenen amtlichen weissen Einkaufsschein wird ein entsprechender weisser Einkaufsschein für Rindfleisch abgegeben.

Für zum Rindfleischbezüge abgestempelte Einkaufsscheine der Mindestbemittelten wird ein weisser Einkaufsschein für Rindfleisch ausgegeben, dessen mit den Ziffern 1 bis 30 versehene Abschnitte überstempelt werden, wodurch ersichtlich ist, dass der Inhaber zwar in dem Bezuge von Rindfleisch steht, im ubrigen aber zu einer Gruppe der Mindestbemittelten gehört.

Erklärt bei der Anmeldung der Inhaber eines abgestempelten amtlichen Einkaufsscheines für Mindestbemittelte, er wolle nunmehr aus dem Rindfleischbezüge treten und Wohlfahrtsfleisch - derzeit Pferdefleisch - haben, so wird ihm eine rosa Karte für Wohlfahrtsfleisch ausgefolgt.

Parteien, welche unabgestempelte amtliche Einkaufsscheine für Mindestbemittelte besitzen, erhalten die entsprechenden rosa Einkaufsscheine für Wohlfahrtsfleisch.

Wenn eine solche Partei erklärt, dass sie nunmehr kein Wohlfahrtsfleisch wolle, sondern künftighin in den Bezug von Rindfleisch zu treten wünsche - selbstverständlich zu den für Rindfleisch festgesetzten Preisen - so erhält sie einen entsprechenden weissen Einkaufsschein für Rindfleisch, dessen mit den Ziffern 1 bis 30 versehene Abschnitte mit dem Stempel der Brotkommission überstempelt werden.

Diese Erklärungen müssen bei der Anmeldung erfolgen und ist jede spätere Umänderung unzulässig.

Die vorgewiesenen bisherigen amtlichen Einkaufsscheine werden dem Inhaber nach Einsichtnahme zurückgestellt und bleiben weiterhin für den Zucker- und Kaffeebezug, sowie für den Bezug von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln auf Grund der jeweils verlautbarten Ziffernabschnitte in Kraft.

Das Wohlfahrtsfleisch wird auf Grund des neuen rosa Einkaufsscheines zum erstenmale am 6. Juli 1. J., Einheits- und Extremrindfleisch auf Grund des weissen Einkaufsscheines für Rindfleisch am 10. Juli 1. J. abgegeben. Die Buchstaben, welche wöchentlich zur Abtrennung gelangen, werden wie bisher rechtzeitig verlautbart werden.

Die Ausgabe der neuen Einkaufsscheine für Rindfleisch und Wohlfahrtsfleisch finden statt für Haushalte und Einzelpersonen mit den Anfangsbuchstaben des Familiennamens: A bis E am 1., F bis H am 2., I bis L am 3. M bis Q am 4., R, S, Sch am 5. und St, T bis Z am 6. Juli d.J. in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und von 2 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Für die Durchführung der Rayonierung werden folgende Anordnungen getroffen:

Die Besitzer der neuen weissen Einkaufsscheine für Rindfleisch sind verpflichtet, sich vom 6. bis einschliesslich 12. Juli 1. J. bei einem amtlich befugten freigewählten Rindfleischverkäufer oder, falls einer mit Rindfleisch schon bisher belieferten Konsumentenorganisation angehören und ihren Rindfleischbezug dort decken wollen, bei dieser Konsumenten Organisation in die vorgeschriebene Kundenliste eintragen zu lassen.

Befugte Rindfleischverkäufer erhalten eine mit dem Stempel der Uebernahmestelle versehene Tafel mit der Aufschrift: „ Abgabestelle für Einheits- (Extrem-) Rindfleisch ", welche am Verkaufsorte angebracht werden muss.

Verzögerte Anmeldung dieser Eintragung in die Kundenliste, zieht die Unmöglichkeit des Rindfleischbezuges für längere Zeit nach sich.

Zur Eintragung in die Kundenliste ist der neue weisse Einkaufsschein für Rindfleisch dem freigewählten, befugten Rindfleischverkäufer vorzuweisen, der die vorgeschriebene Eintragung unter Abtrennung des Abschnittes mit der Ziffer 1 des Einkaufsscheines vollziehen wird und zum Zeichen des Vollzuges in den hierfür bestimmten Raum des Einkaufsscheines, seinen Geschäftsspempel und die Nummer der Kundenliste einsetzen muss.

Im Falle jemand aus irgend einem Grunde einen Rindfleischverkäufer nicht finden kann, hat er dies ungesäumt während der Amtsstunden der Marktamtsabteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes zu melden, von welcher er einen Rindfleischverkäufer zugewiesen werden wird.

Ebenso kann eine amtliche Zuweisung stattfinden, falls die grosse Zahl der in der Kundenliste eingetragenen Personen mit dem Umfange des Geschäftsbetriebes nicht im Einklang steht. Um solche Zuweisungen hintanzuhalten, wird den Haushaltsvorständen dringend empfohlen, sich in erster Linie in die Kundenliste desjenigen Fleischverkäufers eintragen zu lassen, bei dem sie bisher in der Regel Rindfleisch bezogen haben.

An die wohlhabendere Bevölkerung, insbesondere an jene Haushaltsvorstände, welche bereits bisher Extremrindfleisch bezogen haben, ergeht im Interesse der milderbemittelten Kreise das dringende Ersuchen, sich nur in die Kundenliste der Verkäufer von Extremrindfleisch eintragen zu lassen, da sonst seitens des Amtes für Volksernährung entsprechende Massnahmen getroffen werden.

Die Fleischverkäufer haben die Kundenlisten bis längstens 20. Juli 1. J. an die amtliche Uebernahmestelle für Vieh- und Fleisch zur Kontrolle zu senden, für sich aber eine Abschrift anzulegen.

Der Tag, an welchem die Rayonierung eintreten wird und von welchem an jeder Haushalt nur bei der Rindfleischabgabestelle, Einheits- bzw. Extremfleisch beziehen kann, in deren Kundenliste er eingetragen ist, wird besonders verlautbart werden.

bart werden. Bis zu diesem Tage sind die Rindfleischverkäufer verpflichtet, nach Massgabe ihre abgebbaren Vorrates, den Besitzern von weissen Einkaufsscheinen für Rindfleisch unter den bisherigen Modalitäten Fleisch abzugeben.

Bezüglich der Eintragung der Verkaufsstelle für Wohlfahrtsfleisch der Mindestbemittelten in den neuen Einkaufsschein, bleibt der bisherige Vorgang aufrecht; ebenso bleibt der Rindfleischbezug auf rote Lebensmittelkarten für Militärurlauber unverändert.

+ . . . +
Ein Exemplar der Kundmachung und die neuen Fleischkarten liegen bei.

Erhöhung der Viehmarkt-, Schlachthaus- und Kühlanlagen - Gebühren. Die vom Gemeinderat Ende April 1. J. beschlossene Aenderung dieser Gebühren ist vom Ackerbauministerium und von der Statthalterei genehmigt worden. Der Stadtrat hat aber angeordnet, dass die neuen Viehmarkt- und Schlachthausgebühren vom 29. d.M. (Beginn der ersten Woche des neuen Rechnungsjahres für den Viehmarkt) und die neuen Kühlanlagengebühren vom 1. Juli 1. J. an einzuhoben sind.

Auf dem Felde der Kunst gefallen. Zugsführer Fritz Dolenz, Sohn des im 5. Bezirk ansässigen Kaufmannes und langjährigen Mitgliedes des Wiener Sängerbundes Richard Dolenz ist auf dem südlichen Kriegsschuplatz am 17. d.M. gefallen. Die Seelenmesse findet ^{am} 28. d.M. 9 Uhr vormittags in der Schottenkirche statt.

Wiener Gemeinderat
Satzung am 26. Juni 1918.
Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, dass Hotelier Paul Hopfner anlässlich seines 80. Geburtstages für die Armen der Stadt Wien einen Betrag von 1000 Kronen spendet.

GR. Medizinalrat Dr. Loewenstein stellt folgende Interpellation: Die schwere Arbeit des Hinterlandes lastet gegenwärtig grösstenteils auf Männern, deren Gesundheitszustand sie vom Militärdienst ausschliesst, ferner auf Männern im vorgerückten Alter und auf Frauen. Diese Mähen absorbieren mehr Kräfte als sonst noch dazu bei Menschen, die an und für sich eine verminderte physische Widerstandskraft besitzen. Umso mehr muss ihnen, wenn sie heil- und erhölungsbedürftig sind, die Möglichkeit geboten werden, neue Kräfte zur weiteren Arbeit zu sammeln.

Noch im vergangenen Sommer war es den Wienern möglich, je nach ihrer materiellen Lage, in einem vornehmen Kurorte Aufenthalt zu nehmen, oder sich in einem kleinen, bescheidenen Dorfe zu erholen. Durch einfache Umayonierung wurden sie den ständigen Bewohnern gleichgestellt und konnten mit bescheidenem Aufwand Heilung und Kräftigung finden. Im heurigen Sommer sind jedoch nur einzelne wenige Kurorte vom Ernährungsamte zur Aufnahme von Kurbedürftigen designiert und werden mit Lebensmitteln beliefert. Nun sind dies aber nur jene Heilbäder, die bis jetzt nur vom zahlungskräftigen, reichen Publikum aufgesucht werden konnten.

Im heurigen Jahre sollten aber diese Kurorte auch Milderbemittelten zugänglich gemacht werden, sofern sie auf Grund eines amtsärztlichen Zeugnisses Anspruch darauf erheben können. Diese Möglichkeit wäre nun auf die einfachste Weise geboten, wenn es den Kurgästen gestattet wäre, sich selbst privat

zu verköstigen, wobei sich ein jeder bei Gleichstellung mit den Ortsbewohnern, mit den rayonierten Lebensmitteln bescheiden könnte. Diese Tendenz verfolgte auch der Erlass des Ernährungsamtes, welcher die einfache Umayonierung der Kurgäste von ihrem Wohnort in das Heilbad vorgesehen hat. Durch Verfügungen der Unterbehörden wird jedoch diese anerkanntswerte, humane Absicht zunichte gemacht.

So verbietet z.B. die zuständige Bezirkshauptmannschaft in dem einzigen Orte des Salzkammergutes, der als Heilbad freigegeben wurde, und speziell für die Wiener in Betracht kommt, nämlich im Bade Ischl, jedwede Selbstverköstigung auf Grundlage der Umayonierung. Wer sich, gleichgestellt mit den Ortsbewohnern mit einer bescheidenen häuslichen Kost, mit dem einmal in der Woche zugewiesenen rayonierten Fleisch begnügen und mit geringerem Aufwand seine Kur gebrauchen wollte, wird daran gehindert. Daher ist jeder gezwungen, im Gast- und Kaffeehaus zu leben. Um satt zu werden, muss er an jedem Fleischtage Fleisch essen und dafür übermässige Preise bezahlen. Sogar an Stoffwechselkrankheiten leidende Menschen dürfen sich nicht allein verköstigen. Die Folge dieser Massregel ist in erster Linie die, dass ein mindestbemittelter Kurbedürftiger nicht die Möglichkeit hat, die kostspielige Gasthausverpflegung zu bezahlen und demnach dem Kurorte fern bleiben muss. Aber auch aus einem anderen Grunde ist dieser Zwang für die ganze Bevölkerung des Ortes von grossem Nachteil. Durch die Verköstigung in den Gasthäusern steigt der Fleischkonsum und da dieses Fleisch zumeist nur im Schleichhandel beschafft werden kann, steigen die Lebensmittelpreise und die Lebensführung der ganzen Bevölkerung wird dadurch erschwert. So wie mit dem Fleisch ist es auch mit den anderen Lebensmitteln, die beim Gasthauszwang im Preise steigen müssen.

Ich erlaube mir daher an den Bürgermeister die Anfrage zu stellen, ob derselbe bereit ist, beim Ernährungsminister zu intervenieren, dass der Besuch der sogenannten Ausnahmekurorte durch Aufhebung des kostspieligen Gasthauszwanges auch weniger Bemittelten ermöglicht wird und dass es ihnen gestattet werde, sich nach einfacher Umayonierung selbst in der ihnen genehmen bescheidenen Art zu verköstigen, da es nur auf diese Art Milderbemittelten möglich ist, heuer in einem Kurorte Heilung und Kräftigung zu suchen.

Der Bürgermeister erwidert: Ich erkenne voll und ganz, dass den weniger bemittelten Kurbedürftigen der Besuch der Ausnahmekurorte durch den Gasthauszwang sehr erschwert wird und werde die Interpellation ungesäumt dem k.k. Amte für Volksernährung mit dem Ersuchen zur Kenntnis bringen lassen, zur Abhilfe geeignete Massnahmen treffen zu wollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner schlägt sodann im Einvernehmen mit den Parteien vor, dass nunmehr Gruppe 3 des Hauptvoranschlags und zwar vereinigt mit den auf der Tagesordnung stehenden Referaten, betreffend die Erhöhung der Strassenbahntarife, sowie der Gas- und Elektrizitätspreise unter einem zur Verhandlung kommt und dass dann mit der Verhandlung von „ Bilanz und Bedeckung " zum Schlusse die Kriegszulagen an die städtischen Angestellten zur Beschlussfassung gelangen.

Referent VB. Hoss führt nunmehr in seinem Berichte über die erwähnten Beratungsgegenstände aus: Aus meinem Berichte über den Voranschlag für 1918/19 werden Sie entnommen haben, dass der Abgang eine Höhe erreicht hat, von der nur ein Teil aus den Kassenbeständen bedeckt werden kann, wobei

Peter Rosegger + Zu Beginn der heutigen Gemeinderats-sitzung machte Bgm. Dr. Weiskirchner folgende Mitteilung, die von den versammelten Gemeinderäten stehend angehört wurde: Heute mittags ist im Krieglach Peter Rosegger, ein grosser deutscher Dichter und Denker im 75. Lebensjahre dahin geschieden. Wer den Lebensgang Roseggers überblickt, findet in ihm den treuesten Sohn des deutschen Volkes in Oesterreich. (Lebhafte Zustimmung), dem begeisterten Sänger seiner Waldheimat und einen tieffühlenden, für alles Edle, Hohe und Schöne begeisterten Mann. Der Wiener Gemeinderat hat durch Erheben von den Sitzen seiner tiefen Trauer über das Hinscheiden des Gefeierten Ausdruck gegeben und Sie erlauben, dass ich namens des Gemeinderates den Angehörigen ein Kondolenztelegramm übermittle.

Das Telegramm, das an den Sohn des Verbliebenen Dr. Rosegger gerichtet ist, lautet:

„Der eben tagende Wiener Gemeinderat steht unter dem erschütternden Eindrucke der Nachricht von dem Heimgange Peter Roseggers.“

Die Wiener Bevölkerung fühlt in diesem Augenblicke die ganze Grösse des Verlustes und betrauert den Tag, der uns den gottbegnadeten Dichter unserer deutschen Heimat entzissen hat. Unsterblich werden seine Werke ein kostbarer Schatz bleiben für unsere Kinder und Enkel und werden die Liebe wachhalten, die dem Verewigten folgen wird, solange deutsche Herzen in unseren Landen schlagen.

Im Namen des Wiener Gemeinderates der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien erlaube ich mir die tiefste Teilnahme der Wiener Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Weiters hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner verfügt, dass auf dem Rosegger-Kindergarten-Gebäude im 20. Bezirke, Vorgartenstrasse eine Trauerfahne gehisst werde.

Richtigstellung. Medizinalrat Dr. Loewenstein ersucht uns festzustellen, dass er zur Unterbringung von schwerkranken Tuberkulösen die Ueberlassung des Kriegsspitals I im 16. Bezirke nächst dem Wilhelminenspital verlangte (nicht des Spitals in Grinzing).

beiträge der Gemeindeangestellten, sowie die eventuell vorschussweise zu gewährenden Feuerungszulagen und Anschaffungsbeiträge für 1918/19 an die Lehrpersonen ist nicht vorgesehen. Mit Rücksicht auf den Gemeinderatsbeschluss, mit welchem die Teuerungszulagen für 1918/19, ein Anschaffungsbeitrag im Juli und die vorschussweise Gewährung beider Zuwendungen an die Lehrerschaft beschlossen wurde, ist es notwendig, dass für die bewilligten und noch nicht vorgesehenen Kriegspersonalauslagen der bisher vorgesehene Betrag von 20 Millionen auf 30 Millionen Kronen erhöht werde, wozu schon gestern zugestimmt wurde. Schon durch diese Gewährung ist eine weitere bedeutende Mehrausgabe entstanden, die voraussichtlich im Laufe des Jahres eine noch weitere Steigerung erfahren dürfte, wozu noch mindestens die ungefähr im selben prozentuellen Ausmasse anzunehmende Erhöhung der Kriegspersonal- und sonstigen Auslagen der städtischen Unternehmungen zu rechnen sind. Ausserdem ist abgesehen von den bekannten Erhöhungen aller Bedarfsartikel für die Gemeindeverwaltung, noch mit der besonderen Mehr-

ausgabe für alles Betriebsmateriale der städtischen Unternehmungen und ist insbesondere mit einer Kohlenpreissteigerung für die Gas- und Elektrizitätswerke in nächster Zeit neuerlich zu rechnen. Was noch dadurch ungünstig beeinflusst wird, dass durch die stets zunehmenden ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Betriebe nicht immer vollwertig ausgenutzt werden können und die Arbeitsleistung der Arbeiter zumeist sehr stark vermindert ist, so dass trotz höherer Löhne auch eine bedeutend grössere Anzahl von Arbeitern und sonstigen Bediensteten beschäftigt werden muss, was selbstverständlich auf die Ertragnisse sehr herabmindernd einwirkt. Alle diese Umstände machen es daher notwendig, wenn sich die Gemeinde nicht durch unproduktive Ausgaben, durch zu grosse sogenannte Defizitanleihen, für späterhin den Kredit gefährden will, dass tunlichst für jede Mehrausgabe, zumindestens Kriegsausgabe, sofort die Deckung aus den zur Verfügung stehenden oder noch neu zu schaffenden Einnahmsquellen gesucht werde. Es ist schon bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen worden, dass derzeit ausser einer Bewilligung von Zuschlägen zur Einkommen- und Kriegssteuer, eine die grossen Massen nicht treffende und für die Gemeinde auch genug kräftige Einnahmspost nicht zu finden ist. Nachdem sich die Regierung bisher nicht bereit erklärt hat, für obige Steuern die Zuschläge zu bewilligen, was ich vom Standpunkte der Gemeinde und aus der Erwägung, Schutz für den Schwächere nicht gerechtfertigt halte, so bin ich der Meinung, dass die Gemeinde neuerlich und wenn notwendig mit Unterstützung der Abgeordneten alles unternimmt, was dazu führen könnte, die Regierung zu überzeugen, dass die Bewilligung der Zuschläge zu den genannten Steuern ein unabwendbares Bedürfnis ist, wenn nicht Wien und auch andere Städte an den Wunden, die ihnen durch den Krieg und eine unzweckmässige Finanzpolitik des Staates zugeführt werden, zugrunde gehen sollen. Solange dies jedoch nicht möglich ist, muss die Gemeinde aus den ihr sofort zur Verfügung stehenden Quellen schöpfen und bleibt daher nichts anderes übrig, als zur Erhöhung der Tarife der Strassenbahn und der Gas- und Elektrizitätspreise zu greifen. Ich bin mir voll bewusst, dass jede Erhöhung der Preise, ob für Lebensmittel, Bedarfsartikel oder Verkehrsmittel für den grössten Teil der Bevölkerung eine schwere Belastung bedeutet und fällt es mir daher nicht leicht, heute im Gemeinderate diese Vorlage zu vertreten. Die Lage ist für mich dadurch noch unangenehmer geworden, dass die Bevölkerung durch die unvermittelte Brotkürzung ohnehin schwerstens betroffen wurde, wodurch eine begreifliche Erregung Platz gegriffen hat, die sich dann noch auf alle anderen Verfügungen viel leichter überträgt und für ein ruhige sachliche Prüfung nicht immer die genügende Geneigtheit zulässt. Wenn ich mir jedoch vor Augen halte, was der lange und schwere Krieg schon alles gebracht hat, wie sich die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse im allgemeinen verschoben haben und wie furchtbar die Finanzen der Gemeinde durch diese vier Jahre in Anspruch genommen wurden, so komme ich zur Ueberzeugung, dass die Gemeinde, die bisher bemüht war, ihre Pflicht zu erfüllen, dieselbe weiterhin nur dann erfüllen konnte, wenn ihr die notwendige finanzielle Kraft erhalten bleibt. Aus diesen Erwägungen

erworgerufen, empfehle ich die von den einzelnen Direktionen nach reiflicher Prüfung vorgelegten und vom Magistrate und Stadtrate überprüften Vorlagen bezüglich der darin enthaltenen Anträge zur gefälligen Annahme.

Nach eingehender Begründung der beantragten Erhöhungen in dem von uns bereits berichteten Umfange sagt der Referent ich glaube die Gründe mitgeteilt zu haben, welche die Voraussetzung für die neuerliche Erhöhung der Tarife bedingten und auch ersichtlich gemacht zu haben, dass die Erhöhungen, die scheinbar sehr hoch sind, nach den genauen Berechnungen der städtischen Buchhaltung und der Unternehmungen, doch nur die laufenden Kriegsausgaben und die ziemlich sicher in der nächsten Zeit zu erwartenden weiteren Kriegsauslagen und Betriebsmaterialerhöhungen in sich enthalten. Es ist dies mit Rücksicht auf die bereits das laufende Jahr treffende Mindereinnahme aus den städtischen Unternehmungen umso dringender, weil ansonsten die städtischen Unternehmungen nicht nur nichts zur Abfuhr bringen würden, sondern zum Teil noch mit einem bedeutenden Defizit abschliessen würden, was mit Rücksicht auf die allgemeine Konjunktur in der Industrie - wenn noch die Monopolstellung der eigenen Unternehmungen berücksichtigt wird, kein vernünftig und objektiv denkender Mensch begreifen dürfte. Trotz dieser vorgeschlagenen Mehreinnahmen bleibt den Unternehmungen auch weiterhin der bisherige Charakter (Nicht-verstädtlichung aus fiskalischen Gründen) gewahrt, da die Bevölkerung nicht Konjunkturpreise mit Gewinn wie bei privaten Gesellschaften, sondern nur solche zahlt, die notwendig sind, um das Personale dieser Unternehmungen den Kriegsverhältnissen entsprechend entlohnen zu können und der Gemeinde die bisherige Abfuhr - 8 Millionen Kronen - für den Haushalt beizusteuern, was auch wieder der Allgemeinheit zugutekommt, da ansonsten für diesen Ausfall im Gemeindehaushalte, die Bevölkerung in anderer Form die Abgabe leisten müsste, wodurch sie doppelt getroffen werden würde.

GR. Ignatz Fischer wendet sich gegen die Deckung der Kriegslasten durch die geplanten exorbitanten Erhöhungen bei den städt. Unternehmungen und nennt namentlich jene bei den Strassenbahnen eine ungerechtfertigte indirekte Steuer, die den kleinen Mann schwer belastet. Es wäre besser, durch ein Kriegsanleihen die Bedeckung zu veranlassen und erst nach dem Krieg zu Rate zu gehen, wie die Kriegsausgaben zu decken sind. Der Redner stellt den Antrag ~~aber~~ die Zinsheller von 8 1/4 auf 15 zu erhöhen, was eine Mehreinnahme von 29 Millionen bedeuten würde und ausserdem keine so grosse Belastung für den Einzelnen darstellen würde, als es die Erhöhung der Strassenbahntarife bewirkt. Die Einführung des Abendtarifes nach 9 Uhr mit 40 Heller halte er für eine Bestrafung und den dafür angegebenen Grund, die Schonung des Wagenparkes für lächerlich. Weiters erhebt er gegen die Direktion den Vorwurf, dass sie sich nicht um die Abwicklung des Verkehrs kümmere und verlangt Abhilfe wegen der herrschenden Uebelstände. Die Revisoren seien ~~zur~~ zur Ordnung im Innern des Wagens heranzuziehen. Unter

dem Widerspruch der Majorität wendet er sich gegen die Rucksackbeförderung auf der Elektrischen, verlangt deren Unterbringung unter den Sitzen, da ein Mann mit dem Rucksack auf dem Rücken im Wagen und beim Ein- und Aussteigen ein grosses Hindernis bilde. Er verlangte weiters die Abachaffung veralteter Einrichtungen, so ~~die~~ ^{die} Signalflehen und Glocken, so wie der zwecklosen Kontrolluhr und schlägt zur Besseren Verkehrsentwicklung an Sonn- und Feiertagen die Errichtung von Schaltern an allen Endstationen vor, von denen aus

dann nur so viel Personen in anschliessenden Qual's eingelassen werden sollen, als mit dem nächsten Zug befördert werden können. Weiters verlangt er eine Verdichtung des Verkehrs in der Fraterstrasse, eine endliche Verbindung über die Stephaniebrücke und eine Einbeziehung der Elisabethpromenade und des Schüttel in das Strassenbahnnetz. Besonders befriedigt spricht er sich über die Vorlage aus, die den Bezirksräten die freie Fahrt auf den Strassenbahnen ^{gewährt} und stellt im Zusammenhang damit die Forderung, dass den Beamten der Stadt Wien wenigstens eine 50 %ige Ermässigung ^{auf der Hauptbahn} zugestanden werde.

GR. Schmid führte aus: Der ganze Gemeinderat sei wohl einig, dass die Gemeindeverwaltung für das Defizit nicht verantwortlich gemacht werden könne, sondern lediglich die aussergewöhnlichen Verhältnisse des Krieges Schuld sind und dass das Defizit gedeckt werden müsse. Uneinigkeit herrsche nur über die Bedeckungsmittel. An Stelle der Tarifierhöhungen werde von anderer Seite die Aufnahme eines Kriegsanlehens und einer Umlagenerhöhung vorgeschlagen. Was das Kriegsanlehen anlangt, so ist der Antrag unannehmbar, weil ein Defizitanlehen den Kredit der Gemeinde erschüttert. Die Aufnahme eines solchen ist schon aus dem Grunde zu vermeiden, da es sich in nächster Zeit wieder um eine Investitionsanleihe handeln wird, um jene Riesenaufgaben, die ihrer Verwirklichung entgegengehen, so die Wohnungsfürsorge, die Neupflasterung, die Tuberkulosefürsorge die Erneuerung der Betriebsmittel bei den Strassenbahnen, der Ausbau der Gas- und Elektrizitätswerke, die Untergrundbahnen, der Hochwasserschutz u. dgl. durchzuführen. Wir können aber auch die kommenden Geschlechter nicht noch weiter belasten, die nicht nur finanziell schwer zu kämpfen haben werden, sondern auch durch die Unterernährung und durch die „Sünden der Väter“ belastet sind. An eine Erhöhung der Zinsheller und der Umlagen auf die Hauszinssteuer ist aber in dem jetzigen Moment umso weniger zu denken, weil wir alles vermeiden müssen, was eine Förderung der Bautätigkeit verhindern könnte. Ich gebe zu, sagt der Redner, dass die Erhöhung der Strassenbantarife die Bevölkerung empfindlich treffen werde, aber es wurden auch die Eisenbantarife, die Postgebühren, die Telegraphengebühren bedeutend erhöht und ebenso, wie man dem Staate das geben muss, was er zum Leben braucht, ebenso muss man auch der Gemeinde die erforderlichen Gelder bewilligen.

Die Steigerung des Gaspreises ist durch die Erhöhung der Kohlenpreise und sämtlicher Materialpreise gerechtfertigt. Wir werden übrigens trachten, dass wir für unsere Nebenprodukte mindestens so hohe Preise erhalten, als in Ungarn bezahlt werden.

Die hohen Tarife werden nur insoweit beibehalten werden, als es unbedingt notwendig ist, und sobald es die Verhältnisse erlauben, werden sie allmählich abgebaut werden. Die Verstaatlichung der Unternehmen hatte allerdings in erster Linie den Zweck, der Wiener Bevölkerung ein billiges Verkehrsmittel, billige Gas- und Elektrizitätspreise zu bieten. Es wurde aber immer auch angestrebt, dass die grossen städtischen Unternehmungen erhebliche Mittel für den Gemeindehaushalt beisteuern. Nachdem wir diese Erhöhungen als ein unabweisliches Bedürfnis betrachten werden wir dafür stimmen, wir werden aber auch für das ganze Budget stimmen, und das möge als Beweis dafür gewertet werden, dass wir dem Bürgermeister und seinen Mitarbeitern unerschütterliches Vertrauen entgegenbringen in aller Zukunft. (Lebhafter Beifall) .

GR. Emmerling bemängelt es, dass bis heute, einem Jahre nach Ende des Verwaltungsjahres 1916/17, die entsprechenden Rechnungsabschlüsse der drei grossen städtischen Unternehmungen noch nicht vorliegen. Es wäre sehr notwendig, sie zu kennen, um sich ein Bild über die Voranschläge dieser Unternehmungen zu machen. Er spricht ebenfalls gegen eine Kriegsanleihe, sowie gegen die Erhöhung der Umlagen, da diese ~~XXXX~~ eine Steigerung der Mietzinse mit sich bringen würden. Doch bedeuten die Erhöhungen der Tarife nichts anderes als eine Umlage, die gerade die niederen Bevölkerungsschichten trifft, und die Reichen ausser Betracht lässt. Bezüglich des Frühverkehrs wünscht der Redner die Ausdehnung bis 8 Uhr früh und hinsichtlich der Rückfahrtskarten verlangt er die Ermöglichung der Benützung derselben auch für jehe Angestellten und Arbeiter, die bei kontinuierlicher Arbeitszeit bereits am Nachmittag ihre Betriebsstätte verlassen und ihre Wohnung aufsuchen. Um jene Unzukömmlichkeiten, die sich beim Umsteigen aus den Zweier, in den 0 - Wagen tagtäglich abspielen, beantragt der Redner die Einführung direkter Wagen vom Nordbahnhof nach dem Ost- und Südbahnhof. Beim Nachwagenverkehr sei für eine rechtzeitige Beistellung der Wagen Vorsorge zu treffen und es sei verfehlt, die Verspätungen der Fernzüge hierbei in Berücksichtigung zu ziehen. Auch beanstandet er die langsame Fahrt beim Nachverkehr. Bezüglich der Gas- und Elektrizitätswerke erklärt der Redner, dass insbesondere letztere eine nette Verzinsung und Amortisation haben, und dass bei beiden Werken die Erneuerungen und der Erneuerungsfond eine grosse Rolle spielen, bedauerte aber die grossen Rücklagen, da aus Mangel an Arbeitern und Material die stets im Voranschlag vorhergesehenen Arbeiten nicht ausgeführt werden können. Nach Kriegsschluss werde ein Abbau der Preise eintreten müssen, infolge der Konkurrenz der anderen Kraftwerke.

Zum Schluss, führt Redner aus, muss ich sagen, dass das nicht der richtige Weg ist, das Defizit zu beseitigen. Dass eine mässige Erhöhung der Tarife notwendig ist, gibt jeder Ernstdenkende und jeder Arbeiter ohneweiters zu, aber ich begreife nicht, dass gerade wieder die ärmsten Leute den gesamten Abgang des Stadthaushaltes allein tragen sollen. Das wird eine furchtbare Erbitterung gegen die Verwaltung der Stadt auslösen und deswegen stimmen wir auch dagegen.

VGM. Rain betont in ausführlicher Rede, dass die Erhöhungen notwendig seien, da man sonst in kürzer Zeit statt der Mehreinnahmen vor einem Defizit der Unternehmungen stehe. Die Gemeinde Wien hat 522 Millionen Kronen in ihren Unternehmungen investiert, also mehr als eine halbe Milliarde, und sie sind ins Leben gerufen worden, um blos Verzinsung und Amortisation zu ergeben, sondern vornehmlich zu dem Zweck, um ein direktes Erträgnis zu Gunsten der Allgemeinheit zu liefern. Nun hat die Steigerung aller Ausgaben Formen angenommen, die uns zu einer Erhöhung, wie sie jetzt beantragt werden, geradezu zwingen. Die Ursachen sind ja bekannt: Die fortschreitende Entwertung unseres Geldes, die

stetig sinkende Kaufkraft unserer Zahlungsmittel, die eine ununterbrochene Steigerung aller Kosten im Gefolge hat und deren Ende heute noch kein Mensch absehen, niemand sagen kann, wohin das alles noch führen wird.

Der Redner erörtert sodann die ausserordentlichen Lasten, welche der Krieg dem wirtschaftlichen Leben der Stadt aufbürlete und erhebt die Frage, wie sich wohl die finanzielle Welt lazustellen würde, wenn die Gemeinde Wien mit einem Defizit von 71 Millionen Kronen an sie herantreten würde. Es könnte der Fall eintreten, dass der Gemeinde Wien nicht jener Kredit auf den sie Anspruch hat, gewährt wird, wenn sie nicht zuerst Ordnung in ihrem Haushalt gemacht hat.

Vize-Bgm. Rain verteidigt sodann die Erhöhung der Tarife gegenüber der Erhöhung der Zinsheller. Es gebe heute noch hunderttausende von Arbeiterfrauen, die mit ihrer Beschäftigung und ihren Einkäufen auf ihr Wohnungsgebiet beschränkt sind und sowohl selbst als auch deren Kinder die Strassenbahn das ganze Jahr nicht benützen. Wie kommen diese Personen dazu, durch Erhöhung der Zinsheller zur Tilgung des Defizites

beitragen. Andererseits sei kaum zu erwarten, dass die Mietzinse bei einer späteren Herabsetzung der Zinsheller ebenfalls heruntergehen, während es die Gemeinde Wien in der Hand habe, jederzeit die Tarife wieder herabzusetzen. Schliesslich wäre es gerade jetzt, wo eine Reihe von Massnahmen für die Wohnungsfürsorge im Zuge sind und wo alles getan werden müsse, um die Bautätigkeit zu fördern, eine bedenkliche Massregel, die Zinsheller zu erhöhen. (lebhafter Beifall)-

GR. Dr. Ritter von Schwarz-Hiller erklärt, er werde gegen jede Erhöhung der Tarife stimmen, er spreche sich aber auch gegen die Erhöhung der Zinsheller und der Umlagen aus. Es sei gerechtfertigt, dass die jetzige Generation, die am meisten durch den Krieg gelitten hat, von weiteren Lasten möglichst verschont werde. Das einzige richtige sei, es, ein Kriegsanlehen aufzunehmen, und er sei überzeugt, dass eine solche Anleihe auch wenn sie mit Ausschaltung der Banken zur öffentlichen Subskription aufgelegt würde, ein glanzvolles Zeichnungsergebnis aufweisen würde.

Zum Schlusse seiner Ausführungen stellt der Redner den Antrag, dass die Fahrten zum Hernalter auf 1 K 50 h zu erhöhen seien, ebenso wären die Gebühren für die Vermietung von Sonder-, Separat- und Salonwagen an private Unternehmer entsprechend zu erhöhen. Weiters beantragt er, an gewissen Haltestellen so z.B. im Prater Schaller zum Vorverkauf von Fahrkarten zu errichten, da damit auch dem Schwarzfahren abgeholfen werde und ersucht in Form einer Resolution von der Direktion entsprechende Vorschläge zu verlangen. Endlich beantragt er, die Aufnahme einer Kriegsanleihe.

GR. Eigner verlangt von der Strassenbahn-Direktion Vorschläge zur Behebung der derzeit herrschenden Uebelstände, welche das Einkassieren des Fahrgeldes erschwere und so geeignet sind, das Unternehmen bedeutend zu schädigen. Auch er tritt für die Errichtung von Vorverkaufsstellen an verkehrsreichen Ent- und Umsteigstationen ein und fordert auch die Aufstellung von Automaten. Weiters sei die Ueberfüllung der Wagen nur in einem Ausmasse zu gestatten, dass dem Schaffnerpersonal Gelegenheit geboten ist unbehindert seinen Dienst ausüben zu können. Auch der Kleingeldwechsel im Waggon habe aufzuhören. Aus Mangel an Revisoren seien weibliche Hilfskräfte zu diesem Amt heranzuziehen. Schliesslich stellt er den Antrag, an Sonn- und Feiertagen um an Kennstagen zu gewissen verkehrsreichen Stunden des Tages an den Endstationen Vorverkaufsstellen zu errichten.

Ueber Antrag des GR. Hilscher wurde der Schluss der Debatte angenommen.

GR. Schlachters sagt, dass er gewünscht hätte, dass die Vorlagen über die Erhöhungen gedruckt aufgelegt worden wären. Was die Erschliessung anderer Deckungsmöglichkeiten anbelangt, müsse zwischen Umlagen und Zinshellern unterschieden werden. Aber selbst eine mässige Erhöhung des Zinshellers würde unter dem Einflusse des Mieterschutzgesetzes keine besondere Zinssteigerung zur Folge haben.

Redner hätte gewünscht, dass eine Kommission bestehend aus allen Parteien des Gemeinderates eingesetzt würde, welche versuchen hätte sollen, eine andere Lösung, als die in Verhandlung stehende zu finden, die von der Bevölkerung mit grösstem Unwillen werde aufgenommen werden. Er könne daher für die Erhöhung der Tarife der städtischen Strassenbahnen nicht stimmen. Es sei zu bedauern, dass nicht eine solche Art der Deckung vorgeschlagen wurde, die die einstimmige Genehmigung des gesamten Gemeinderates findet.

GR. Angeli: Wenn man der Bevölkerung durch die Erhöhung der Strassenbahntarife so grosse Lasten auferlege, so müsse man dagegen Protest erheben, dass an das Militär 16.000 Netz- und Streckenkarten ausgefolgt werden, mit welchen Stabs- und andere Offiziere, aber auch Generäle freie Fahrt genießen. Diese Begünstigung kostet der Gemeinde Wien bei dem jetzigen Tarif rund 6 Millionen Kronen und werde nach dem neuen Tarif ungefähr 9 Millionen Kronen kosten. Er beantrage daher, dass diese Karten eingezogen werden, für welche die Militärverwaltung 10.000 Kronen monatlich zahle. Ausser diesen 16.000 Karten noch für 4000 Karten für Ordonnanzunteroffiziere sowie 160.000 Karten für das Rote Kreuz ausgefolgt.

Redner bemängelt dann, dass es keine Abhilfe gegenüber den vielen Schwarzfahrern gebe und gibt die Anregung, es möge an den Endstationen gewisser Strecken, die besonders stark befahren werden, die ~~xxxxxxx~~ Lösung von Vorverkaufsscheinen vorgeschrieben werden. Redner erklärt ferner, er werde, trotzdem er sich bewusst sei, dass die Tariferhöhungen eine harte Massregel für die Bevölkerung bedeuten, im Interesse eines geordneten Gemeindehaushaltes für die Vorlage stimmen.

GR. Lohner spricht in längeren Ausführungen über die Bedeckungsmöglichkeit des Defizites, die einzig und allein in einer Kriegsanleihe zu suchen sei und über das Verkehrsproblem, wobei er auf verschiedene Massregeln zur Abschaffung der bestehenden Uebelstände hinweist und die Verlängerung der Hütteldorfer Strassenbahnlinie nach Mariabrunn sowie den Ausbau der Grinzingarlinie bis zur Kobenzlstrasse und die Führung einer Linie von Hietzing über die Auhofstrasse nach Weidlingau verlangt. Zum Schlusse seiner Ausführungen schlug als gangbare und erfolgreiche Einnahmequelle die Be-

Nach einem Antrage des GR. Lux wird die Wahl von Generalrednern genehmigt. Zum Generalredner pro wird GR. Kunschak, zum Generalredner contra GR. Reumann gewählt.

GR. Stein protestiert dagegen dass die demokratische Vereinigung des Wiener Gemeinderates, der er angehört, mundtot gemacht wird.

GR. Reumann erklärt, dass die Sozialdemokraten einer Tariferhöhung nicht zustimmen können. Die Sozialdemokraten würden es sich auch überlegen für eine Erhöhung der Zinsheller einzutreten. Es müsse allerdings eine Deckung gefunden werden und dies wäre möglich durch Aufnahme einer Anleihe, welche nicht bloss die das Defizit herbeiführenden Kriegsauslagen zu decken hätte, sondern auch die kommenden grossen Investitionen bestreiten würde. Die Tariferhöhungen finde er übrigens auch deshalb nicht begründet, weil der Rückgang der Einnahmen im Elektrizitätswerk zum grossen Teil durch die Beleuchtungsverbote verursacht sei, und auch das Gaswerk allmählich zur alten Ertragsfähigkeit gelangen werde. An eine vorübergehende Erhöhung der Strassenbahntarife werde wohl niemand recht glauben. Die gegenwärtige Zeit sei auch sehr wenig geeignet die Erhöhung der Tarife in Kraft treten zu lassen, die namentlich umso empfindlicher sein werde, wenn die Arbeiter infolge der steigenden Wohnungsnot gezwungen sein werden, immer mehr an die Peripherie der Stadt zu ziehen. Redner stellt schliesslich folgende Anträge: Die Tariferhöhung ist von der Tagesordnung abzusetzen und die Frage der Deckung des Defizits nochmals durchzu besprechen. Sollte trotzdem die Erhöhung beschlossen werden, so habe sie nicht am 1-August sondern erst in einem späteren Zeitpunkt, vielleicht Oktober in Kraft zu treten. In formeller Beziehung beantrage er die namentliche Abstimmung über die Erhöhung der Tarife.

Vorsitzender BGM. Dr. Weiskirchner bringt den Vertagungsantrag sofort zur Abstimmung. Der Antrag wird abgelehnt.

GR. Kunschak eginnt seine Ausführungen mit einer scharfen Kritik gegen jene 5 Redner, welche sich mit seinen Ausführungen am deutschen Volkstag in Laufe der Budgetdebatte beschäftigten und dieselben abfällig kritisierten. Gleich bei Beginn seiner Rede erhob sich ein Tumult auf den Bänken der Opposition, die sich im überlauten Zwischenrufen Luft machte. ^{kam} Was zu Zusammenstossen mit den Mitgliedern der Majorität welche diese Zwischenrufe beantworteten. Redner begnügt sich mit der blossen Feststellung der Tatsache, dass fünf Redner gegen ihn auftraten und erklärte seine Ausführungen, wie er sie am Volkstag machte, auch bei anderen Gelegenheiten fortsetzen zu wollen. Auf das Budget zu sprechen kommend, hebt er hervor, dass die ausserordentlichen durch die Kriegswirkungen geschaffenen Mehrauslagen meist in der pflichtgemässen Fürsorge der Gemeinde Wien gegenüber ihren Angestellten gipfeln und kündigte an, dass neuerliche Erhöhungen der Ausgaben für die Bediensteten der städtischen Unternehmungen, die nicht einmal noch an den vorliegenden Anträgen enthalten sind, notwendig sein werden.

Ich verkenne nicht, sagt der Redner, dass die ganze Bevölkerung unter einer gewissen Psychose leidet, dass sich allen eine gewisse Erregung bemächtigt hat, der sie beim besten Willen nicht Herr werden können. Daher kommt es, dass die Leute ihren Zorn und ihre Erregung am Liebsten jenen gegen über auslassen, die ihren Leidenschaften hilflos gegenüber stehen. So viele Redner auch zu dem heutigen Gegenstande gesprochen haben, so ist doch keiner auf die eigentlichen Ursachen eingegangen, auf die selbstverständliche Pflicht

die Leistungen aller unserer Beamten und Angestellten wenigstens in finanzieller Hinsicht einigermassen zu würdigen und ihrer geradezu übermenschlichen Leistungen in diesem Kriege auch nur halbwegs gerecht zu werden.

Wenn ich vorher sagte, dass wir mit den beantragten Erhöhungen nicht auskommen, so begründe ich dies heute mit einem neuen Antrage, den keiner von Ihnen wird ablehnen können und zwar, dass den Arbeitern, welche nach Schema 3 entlohnt werden (Lohn bis 3200.- Kronen jährlich) eine Erhöhung von 25 Kronen monatlich in jeder Stufe bewilligt wird. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, und ich bezweifle nicht, dass es geschieht, dann bedeutet dies bei den Strassenbahnen allein, ein neuerliches Defizit von 2.7 Millionen. Und was ist damit geleistet? Ein Mehr einkommen von ganzen 25 Kronen im Monat. Vergewärtigen Sie sich diese Ziffer allein und dann fragen Sie sich ob Sie den Mut haben werden, selbst nur die heute vorliegenden Anträge abzulehnen. Sie müssen aber nicht nur den Mut haben, die Anträge zu genehmigen, sondern auch die Verpflichtung in sich fühlen, sie der Bevölkerung gegenüber zu verteidigen, denn wer dies nicht thäte, würde mit dieser Unterlassung den Bediensteten nur den gröslichsten Undank zollen. Ist jede Arbeit ihres Lohnes Wert, so muss es auch die Arbeit des Arbeiters im städtischen Betriebe sein.

Die Sozialdemokraten haben, nach dem GR. Emmerling den Vorschlag gemacht, die Zinsheller zu erhöhen, durch den Mund des Herrn Gr. Reumann erklärt, dass sie sich überlegen werden, für diesen Vorschlag zu stimmen. Mit solchen Vorschlägen ist uns nicht geholfen. Wir haben seit den Zeiten Dr. Luegers uns immer gegen die Erhöhung des Mietzinshellers gewährt, weil er nicht einer Erhöhung der Mietzinse automatisch eine Steigerung der Hausszinssteuer, der Landes- und Gemeindeumlagen herbeiführt, sodass der Mietzins lawinenartig anschwillt. Wenn wir die Strassenbahn Tarife erhöhen, so haben es die dadurch Betroffenen in ihrem Belieben eine oder mehrere Fahrten zu unterlassen um dadurch Geld zu sparen. Bei einer Erhöhung der Zinsheller wird jedoch die Bevölkerung an einem unetbehrlichen Lebensbedürfnisse getroffen, weil eine Einschränkung der Wohnung in den meisten Fällen nicht mehr möglich ist. Mit den jetzigen Vorschlägen für die Erhöhung der Tarife sei die Spannung vollständig ausgenützt und es werde, wenn zu dem äussersten Mittel geschritten werden muss, eine Erhöhung der Zinsheller vielleicht doch einmal platzgreifen müssen. Solange jedoch diese nicht eine unbedingte Notwendigkeit sei, müsse davon Abstand genommen werden. Weiters verweist der Redner auf die bedeutenden Erhöhungen der Eisenbahntarife, die aus rein staatsfiskalischen Gründen erfolgte. Dabei sei die besondere Notwendigkeit des Eisenbahnverkehrs zu berücksichtigen, der den Rucksackverkehr ermögliche, ein System, dem es zu verdanken ist, dass wir noch am Leben sind. (Bravo - Rufe)

Die Eisenbahnfahrten sind zum täglichen Lebensunterhalt

notwendig geworden. Die Erhöhungen der Tarife haben aber im Kreise des Abgeordnetenhauses keinen Widerspruch gefunden. Bezüglich einer Anleiheaufnahme meint der Redner, sei im gegenwärtigen Augenblick nicht zu denken und es sei ausgeschlossen, eine städtische Anleihe zu günstigen Bedingungen unterzubringen. Erst müsse das Defizit verschwinden und Ordnung im Stadthaushalt eintreten, dann könne man auf den Geldmarkt gehen und werde Geld und Vertrauen erhalten. Er schliesst sich der Anschauung des GR. Reumann, die Tariferhöhungen erst vom 1. September an eintreten zu lassen, vollständig an, den in der Zeit zwischen dem Stadtratsantrag und der Beschlussfassung seien Vorfälle eingetreten, deren Tragweite heute noch nicht ermessen werden könne. In dieser aufgeregten Zeit müsse man die Durchführung derartiger Beschlüsse aufschieben. Der Redner stellt noch den Antrag, dass der erhöhte Tarif für die Zeit nach 9 Uhr abends, erst nach 10 Uhr abends in Kraft treten soll.

Der Redner schliesst mit Worten herzlichen Dankes, für die Leitungen der städt. Unternehmungen, insbesondere aber auch für alle Funktionäre und Beamten mit dem Bürgermeister an der Spitze, welche das Budget zusammengestellt haben, eine Leistung, die in dieser schwierigen Zeit umso höher einzuschätzen sei.

Die Beratung wird sodann abgebrochen.

Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge erfolgt in der morgigen Sitzung.

G.R.Stein gibt nachträglich namens des demokratischen Klubs die Erklärung ab, daß seine Parteigenossen zwar die durch den Krieg geschaffene schlechte Finanzlage der Gemeinde einsehen, aber ihre Zustimmung zu den Tarifierhöhungen nicht geben können, da sie in den zuständigen Ausschüssen, wo diese Sachen verhandelt wurden, nicht vertreten sind, daher auch nicht die Ueberzeugung finden konnten, ob die vorgenommenen Erhöhungen in diesem großen Ausmaß notwendig sind, oder ob dem Gemeinderat nicht andere Mittel zu Gebote stehen, die der Bevölkerung diese Erhöhung erspart hätten.

Nach Annahme des Referentenantrages über „Bilanz und Bedeckung“ sprach der Bürgermeister dem Referenten seinen Dank aus.

Hierauf wurde zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Nach dem Antrage des Vize-Bürgermeisters Hof wird die Gewährung von Kriegszulagen und eines Anschaffungsbeitrages an die städtischen Angestellten und Lehrpersonen ohne Debatte genehmigt.

Nach einem Antrage des Stadtrates Breuer wird die Erwerbung von zwangsweise veräußerten Liegenschaften an der Tautenhayn und Koberweingasse im 1b-Bezirk um 118.450 Kronen nachträglich genehmigt.

Nach einem Antrage des STR. Schneider wird den Bezirksräten auf die Dauer ihrer Amtsführung die freie Fahrt auf den städtischen Strassenbahnen gewährt.

STR. Tomola beantragt die Widmung eines Betrages von einer Million Kronen für das Kaiser Karl Wohlfahrtswerk „Kinder aufs Land“.

GR. Medizinalrat Dr. Loewenstein: Ich freue mich, dass die Gemeinde einen so hohen Betrag widmet. Sie wissen, dass wir im Jahre 1916 in einem bescheidenen Rahmen für diesen Zweck einen Betrag von 100.000 Kronen bewilligten. Das war der Ausgangspunkt für die grosse bedeutungsvolle Aktion des heurigen Jahres die unter dem Protektorat des Kaisers steht. Die Erfolge dieser Aktion sind vom sanitären, hygienischen und gesundheitlichen Standpunkt gut und zufriedenstellend. Wer selbst eine solche Reise mitgemacht hat und die Kinder draussen gesehen hat, wird auch begreiflich finden, dass eine so grosse Aktion unsern Beifall finden muss. Und speziell deshalb, weil wie der Referent selbst gesagt hat, die Kinder unser bestes Gut sind, was wir haben. Es ist gerade für das schulpflichtige Kind eine Wohltat, wenn es aus dem Strassenleben heraus, heraus aus der Grosstadt in die frische Luft zur Erholung geführt wird. Was wir für unsere Kinder tun, kann nicht genug gross sein, nicht Worte, sondern Taten müssen hier sprechen und dieses grosse Werk, das im Interesse unserer Jugend imstande ist, bedarf nicht nur unserer kräftigsten Unterstützung, sondern auch der der gesamten Bevölkerung.

Ich bin vollkommen überzeugt, dass diese Aktion für alle Zeiten bestehen wird, dass sie insbesondere nach dem Kriege grosse Aufgaben wird zu erfüllen haben und schliesse mich vollkommen den Ausführungen des Referenten an in der festen Ueberzeugung, dass wir diesen Antrag einstimmig zur Annahme bringen werden.

GR. Professor Wolny: Ich freue mich ausserordentlich, Gelegenheit zu haben, für einen solchen Antrag einzutreten, der eine Fortsetzung der erzieherischen Tätigkeit der Schule während der Ferien bedeutet. Es soll aber auch für die seelische Entwicklung der Kinder entsprechend fortgesetzt werden, auf welche während des Schuljahres hingearbeitet wird. In dieser Beziehung habe ich den Wunsch, dass den Kindern die Möglichkeit geboten wird, auch an Sonn- und Feiertagen dem Gottesdienste beizuwohnen, nachdem ja der grösste Teil der Kinder der katholischen Religion angehört.

Der Referent erwidert, dass bezüglich der Erfüllung des Wunsches des GR. Wollner volle Gewähr bestehe, da ja auch Lehrpersonen zur Begleitung der Schulkinder mit herangezogen werden.

Der Referentenantrag wird sodann einstimmig angenommen. STR. Tomola beantragt die Uebernahme des Kinderasyles des Vereines von Kinderfreunden im 19. Bezirk, Harteggerstrasse 26, das zur Pflege und Erziehung bedürftiger, verwäister oder verlassener Kinder aus dem Mittelstande insbesondere solcher, die durch den Krieg in Not geraten sind, gewidmet ist.

GR. Reimann beantragt, dass für den Fall, als sich nicht genug Kinder aus dem Mittelstande zur Aufnahme in das Asyl melden sollten, auch Kinder aus dem Arbeiterstande aufgenommen werden.

Der Referent stimmt dem zu, worauf der Antrag auf Uebernahme des Asyles einstimmig genehmigt wird.

Damit ist die Tagesordnung der Sitzung erledigt.

-----:--